

# „Ist die Strategie richtig?“

RMN  
27.02.2016

## Die Kreistagsfraktionen zum Sachstandsbericht Asylbewerberunterbringung

**Ettlingen** (Krdm). Bei den Stellungnahmen der Kreistagsfraktionen zum umfassenden Zahlenwerk „Unterbringung von Asylbewerbern“, vorgestellt bei der Kreistagsitzung in Ettlingen, wurde mitunter intensiv Landtagswahlkampf betrieben. Von einer Menge an Problemen, für die Grün-Rot verantwortlich wäre, sprach Matthias Ehrlein (Stutensee, CDU). Derzeit gebe es kaum Anhaltspunkte dafür, dass die Kommunen entlastet werden – „es ist nicht in Ordnung, was die Landesregierung da betreibt“. Von einem „kommunalfreundlichen Handeln“ könne keine Rede sein. Als „lächerlich“ bezeichnete

er die geringe Anzahl der Abschiebungen.

Parteipolitisch eher neutral blieb Johannes Arnold (Ettlingen, Freie Wähler): Gebräucht würden Zuweisungen und Fördermittel von allen Ebenen. Die politische Farbe sei ihm dabei egal. Mit Blick auf einige Landkreise, die ihrer Verantwortung nicht nachkämen, müsse man sich in Karlsruhe allmählich

fragen, „ob unserer Strategie richtig ist, alle unsere Pflichten zu erfüllen.“

„Wir reden hier über Menschen“, mahnte Dagnar Eisenbusch (Pfinztal, SPD), verbunden mit der Frage, „wo bleibt die Solidarität?“. Abgesehen davon wäre es ratsam, die Öffentlichkeit manchmal früher über mögliche Standorte für Gemeinschaftsunterkünfte zu informieren. Ihr Parteifreund Markus

Rupp (Gondelsheim) hob in seiner Stellungnahme die von der Landesregierung versprochene „Spitzabrechnung“ der anfallenden Kosten für die Landkreise hervor.

Als „Herkaufaufgabe“ bezeichnete Christine Geiger (Weingarten, Bündnis 90/Grüne) die Unterbringung der Asylbewerber. Anerkennende Worte fand nicht nur sie für das „bemerkenswerte

ehrenamtliche Engagement“ der vielen freiwilligen Helfer. Eine Lanze für die Flüchtlinge, wenngleich mit Einschränkungen, brach Jürgen Wacker (Bruchsal, FDP): „Wir müssen alles tun, um den Flüchtlingen zu helfen.“ Es müsse aber deutlich mehr Abschiebungen geben. Über kurz oder lang sei der Landkreis dem Ansturm und den damit verbundenen Problemen nicht gewachsen. „Wir müssen ein Zeichen setzen, dass wir als Landkreis nicht mehr bereit sind, die Ungleichbehandlung bei der Verteilung der Flüchtlinge zu akzeptieren“, befand Eberhard Roth (Freie Wähler).